

Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 123 | Juli–Sept | 2007

Leitartikel

Mehr Teilhabe der Menschen, die von Armut betroffen sind ... !

Die Teilhabe der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ist seit Gründung des EAPN eine Herausforderung, die mit den Jahren gewachsen ist. Ende der 1990er-Jahre forderten das EAPN und weitere soziale NRO von den europäischen Institutionen eine effektivere

Politik zur Armutsbekämpfung. Diese intensive Lobbyarbeit führte zur Entwicklung der europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung, die im Jahr 2000 auf dem Gipfel von Nizza beschlossen wurde. Besonders wichtig war uns Ziel 4 dieser Strategie, das die Mobilisierung aller relevanten Akteure fordert, insbesondere der Menschen, die von Armut betroffen sind. Dieses Ziel wurde bei den anschließenden Überarbeitungen der Strategie bekräftigt. Seither wurde viel unternommen, um den Worten Taten folgen zu lassen.

Das erste europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen fand 2001 im Rahmen der belgischen EU-Ratspräsidentschaft auf Initiative der belgischen Regierung und in Zusammenarbeit mit dem EAPN statt. Im Laufe der Zeit wurden diese Treffen zu einer Initiative der EU-Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission - eine Entwicklung von größerer politischer Bedeutung. Die Treffen rückten auf den Agenden der europäischen Behörden und Mitgliedstaaten allmählich nach oben und werden mittlerweile als ein großes politisches Ereignis angesehen, bei dem die Sachkenntnis der Menschen, die von Armut betroffen sind, bestätigt werden kann ... ein Erfolg, den wir in den kommenden Jahren ausbauen und weiterentwickeln müssen.

Ludo Horemans
President of EAPN

SCHWERPUNKT

TEILHABE

INHALT

Schwerpunkt Teilhabe

- Die europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen: Ein Anstoß für den Teilhabe-Prozess 2
 - Teilhabe, was ist das eigentlich? 2
 - In ihren eigenen Worten 3
 - Teilhabe: Bewährte Verfahren 4
 - Teilhabe: Wie sich Frustration vermeiden lässt ... 5
 - In ihren eigenen Worten ...? 5
 - Teilhabe: Echt oder nur symbolisch? 6
 - Partizipatorische Demokratie: Eine Voraussetzung für politische Maßnahmen 7
 - Die europäische Strategie gegen Armut muss auf Teilhabe basieren 7
-
- **Nachrichten aus Portugal**
 - Der Klag der Stille: Interview mit Gyimesiné Borbála Franyó 8
 - Im Blickpunkt: EAPN Ungarn (HAPN) 8
 - Das nationale ungarische Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut 9
 - Impressum 10

Teilhabe, was ist das eigentlich?

Das Wort "Teilhabe" wird häufig benutzt, ohne dass dabei bedacht wird, dass es verschiedene Ebenen der Teilhabe gibt. Teilhabe bedeutet, sich zu informieren, aber auch, eine Stimme zu haben, einen Beitrag zu leisten und Entscheidungen zu treffen. "Mainstreaming Social Inclusion", ein von der EU finanziertes transnationales Projekt unter Leitung der irischen Combat Poverty Agency [Agentur zur Bekämpfung der Armut], erarbeitete vier Ebenen der Teilhabe:

Information

Informationen und der Austausch von Wissen sind wesentlich für jegliche Form der Einbeziehung, denn wenn vollständige Informationen (über politische Initiativen) nicht im Voraus verfügbar sind und verbreitet werden, ist jede Form der Konsultation oder Teilhabe sinnlos.

Konsultation

Konsultation bedeutet, einen Prozess zu bieten, der Ansichten eine Stimme verleiht - den Ansichten Einzelner und/oder Gruppen, die von Plänen betroffen sind oder Mitsprache bei einer Entscheidung wünschen (die das Vorrecht der politischen Entscheidungsträger bleibt); die gesammelten Ansichten werden von den Entscheidungsträgern berücksichtigt oder verworfen. Konsultation kann nur funktionieren, wenn die Konsultierten über die relevanten Informationen verfügen.

SCHWERPUNKT TEILHABE

Die europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen: Ein Anstoß für den Teilhabe-Prozess

Der Europäische Rat von Lissabon (2000) hatte beschlossen, eine europäische Strategie umzusetzen, um "bis 2010 einen entscheidenden Beitrag zu Beseitigung der Armut in Europa zu leisten"; eine der angenommenen Strategien - Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung - ist ein Schlüsselement zur Erreichung dieser Verpflichtung und muss alle Akteure einbeziehen, einschließlich der Menschen, die von Armut betroffen sind. Seit dem Jahr 2003 ist das EAPN an der Organisation der europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen beteiligt.

Ein laufender Prozess ...

2001: Auf der Basis ihrer seit 1994 gesammelten Erfahrungen in Sachen Teilhabe nutzte die belgische Regierung ihre EU-Ratspräsidentschaft, um das erste Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen einzurichten, das um vier Themen kreiste: Wohnraum, Gesundheit, Ausbildung und Einkommen. Die große Schlussfolgerung dieses ersten Treffens bestand darin, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, über das Wissen und die Sachkenntnis verfügen, um Ausgrenzung zu analysieren und dass sie an der Gesellschaft und den Entscheidungen teilhaben wollen, die ihr Leben betreffen.

2003: Im Jahre 2002 schlug die belgische Regierung ein zweites Treffen vor. Diese Initiative wurde von der griechischen Ratspräsidentschaft aufgegriffen. Das EAPN wurde gebeten, das Treffen vorzubereiten, doch blieb nur wenig Zeit für eine gründliche Vorarbeit mit den Delegationen. Das Thema lautete "Bewährte Teilhabeverfahren". Die Vorbereitungen und Workshops zielten auf die

Erstellung von Modellen für Teilhabeprozesse und eine Forderung der Delegierten ab: Menschen, die von Armut betroffen sind, möchten die Möglichkeit haben, von Angesicht zu Angesicht mit den politischen Entscheidungsträgern über jene politischen Maßnahmen zu sprechen, die sie selbst betreffen. Als Reaktion auf diese Forderung verlangte die griechische Ratspräsidentschaft auf dem Rat im Juni, die europäischen Treffen als regelmäßigen Prozess einzurichten, nach dem Beispiel des Runden Tisches zum Thema soziale Eingliederung.

2004: Das Thema unter der irischen Ratspräsidentschaft spiegelte die Forderungen wider, die sich aus dem zweiten Treffen ergeben hatten und konzentrierte sich auf den Dialog zwischen Menschen, die von Armut betroffen sind, und politischen Entscheidungsträgern, unter dem Titel "Teilhabe ist ein Prozess, der in zwei Richtungen läuft". In einer Umkehrung der traditionellen Rollen wurden die

"Behörden" jetzt als "Gäste" der Menschen, die von Armut betroffen sind, angesehen und nahmen mit den Delegierten für einen direkten Austausch an Workshop-Diskussionen teil. Das Treffen endete mit einem offenen Forum zwischen Menschen, die von Armut betroffen sind, und einer repräsentativen Gruppe politischer Entscheidungsträger. Eine im Rahmen des Treffens produzierte DVD stellte ein Instrument dar, das ausgiebig genutzt werden konnte, um nationale und regionale politische Entscheidungsträger zu sensibilisieren.

2005: Die luxemburgische Ratspräsidentschaft entschied sich dafür, das Bild und die Wahrnehmung der Armut zu untersuchen. Einen größeren Schwerpunkt bildeten Medien-



produktionen - Patchworks, Bilder und Fotografien -, eingebracht von Menschen, die von Armut betroffen sind. Diese kreativen Elemente wurden in einer Ausstellung zusammengefasst, die auf dem Runden Tisch von Liverpool gezeigt wurde. Außerdem wurden die Werke in einem Katalog veröffentlicht. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft zeigte die Tiefe ihres Engagements mit ihrer starken Botschaft auf dem Ministerrat im Juni, als sie alle EU-Länder aufforderte, ebenfalls solche Treffen zu organisieren. Viele nationale Netzwerke des EAPN begannen allmählich, ähnliche Treffen auf nationaler und/oder regionaler Ebene einzurichten.

2006: Die Vorbereitungen unter der österreichischen Ratspräsidentschaft umfassten alle Aspekte der Armut und sozialen Ausgrenzung rund um das Thema "Wie bewältigen wir den Alltag?". Die Vorarbeit der Delegierten zeigte die aktive Kraft und Energie der Menschen, die von Armut betroffen sind. Die einzelnen Delegationen der Menschen, die von Armut betroffen sind, bereiteten jeweils ein Poster vor und präsentierten dieses dem Plenum - ein unvergessliches Highlight des fünften Treffens. Die Poster wurden in einer Ausstellung zusammengetragen, die auf dem Runden Tisch in Finnland gezeigt wurde sowie im April 2007 im Gebäude der Kommission und im Juli 2007 auf dem ersten nationalen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen im Vereinigten Königreich. Die Beurteilung des fünften Treffens ergab, dass aus den bisherigen Treffen eine Zwischenbilanz zu ziehen ist.

2007: Das sechste Treffen unter der deutschen Ratspräsidentschaft beschloss, diese Priorität weiterzugeben und wählte das Thema "Wege aus Armut und sozialer Ausgrenzung - Erfahrungen, Fortschritte, Perspektiven". Am 4. und 5. Mai trafen sich 130 Delegierte aus 27 Ländern und 97 Vertreterinnen und Vertreter europäischer und nationaler Behörden in Brüssel. Delegierte und Gäste visualisierten das Thema des Treffens durch symbolische Objekte. Ohne die im sozialen Bereich erzielten Fortschritte herunterzuspielen, betonten die Delegierten, dass das Ziel, Armut bis 2010 zu beseitigen, unrealistisch sei und dass es klare Anzeichen für eine Ausbreitung der Armut gebe. Das sechste Treffen zeigte ganz

klar, dass Teilhabeprozesse zum Empowerment beitragen. Auf dem Treffen wurde ebenfalls festgestellt, dass es zwischen Vereinigungen und Behörden eine größere Zusammenarbeit gibt; außerdem wurde die Forderung nach einem ständigen Dialog auf nationaler Ebene bekräftigt.



"Teilhabeprozesse tragen zum Empowerment bei"

Die Bausteine des Prozesses

- ◆ Position der Menschen, die von Armut betroffen sind: Politische Entscheidungsträger und offizielle Vertreter kommen auf ihre Einladung hin.
- ◆ Forderung der Menschen, die von Armut betroffen sind, nach einem Dialog mit politischen Entscheidungsträgern. Das sechste Treffen registrierte eine nachdrücklichere Forderung nach einem Dialog auf nationaler Ebene.
- ◆ Die Wichtigkeit regelmäßiger Treffen.
- ◆ Effekt der Verfielfachung:
- ◆ Immer mehr nationale Netzwerke des EAPN halten nationale und/oder regionale Treffen ab, die sich auf Teilhabe und den Dialog mit politischen Behörden und/oder Sozialarbeitern konzentrieren.
Vertiefung der Vorbereitungsphase für die jährlichen Treffen und das Follow-up, um Kontinuität herzustellen.
- ◆ Die Veröffentlichung einer Erklärung der Ratspräsidentschaft an den Ministerrat sensibilisiert den Rat für die Existenz und Ausbreitung der Armut sowie für die Notwendigkeit, Teilhabeprozesse einzurichten.
- ◆ Der Einsatz der Kreativität (Videos, Poster, symbolische Objekte), der dazu beiträgt, jedem eine Stimme zu verleihen.
- ◆ Sichtbarkeit:
 - Die Berichte der Treffen stehen online auf der EAPN-Website unter www.eapn.org sowie auf den Websites der aufeinanderfolgenden EU-Ratspräsidentschaften zur Verfügung.

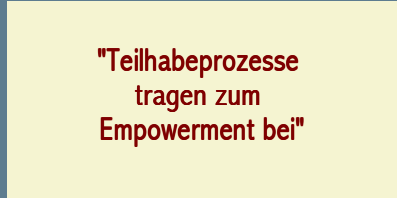
Teilhabe

Die Teilhabe erkennt den Beitrag aller Akteure bei einem Entscheidungsprozess gleichermaßen an und verleiht Einzelnen und Gruppen die Fähigkeit, den Prozess zu beeinflussen und ihre Ansichten in das Endergebnis einzubringen.

Mitentscheidung

Die Mitentscheidung ist eine zusätzliche Stufe, die sicherstellt, dass im Entscheidungsprozess ein Konsens erreicht wird, dass die Maßnahmen koordiniert werden und die Belange und Prioritäten aller Personen widerspiegeln, die von den Entscheidungen betroffen sind, was dazu führt, dass alle Akteure "Miteigentümer" der Endergebnisse sind.

Den vollständigen Text finden Sie unter: <http://www.europemsi.org/>



In ihren eigenen Worten ...

"Ich bin sehr froh, dass ich am sechsten Treffen teilgenommen habe. Diese zwei Tage waren perfekt organisiert, und auch den Menschen, die aus allen Teilen Europas kamen, wurde ein außergewöhnlicher Empfang zuteil. Die Präsentation der dreidimensionalen Objekte durch die verschiedenen Delegationen und der von mir besuchte Workshop zeigten mir, dass wir zwar alle Europäerinnen und Europäer sind und grundlegend die gleichen Dinge wollen, doch dass Armut für uns nicht immer das Gleiche bedeutet. Und es gibt

noch eine Menge zu tun. Diese Treffen haben zwar seit 2001 für die Ärmsten der Armen Fortschritte erzielen können, doch wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Niedrige Löhne, Sozialleistungen, Arbeitslosenhilfe und niedrige Renten versetzen die Menschen, die sie beziehen, nicht in die Lage, ein Leben in Würde zu führen." Nicole Tonneau, Teilnehmerin der französischen Delegation

"Ich habe das europäische Treffen als einen Wendepunkt erlebt, der unserem Dasein und unserem Tun Sinn geben kann. Was ich aus diesem Treffen mitnehme, ist, dass wir über immense Ressourcen verfügen: Wir kommen alle aus verschiedenen Ländern und haben ganz unterschiedliche Leben, aber niemand sieht weg. Ich traf auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Institutionen, die noch nie von Armut betroffen waren, und doch sprachen wir alle mit einer Stimme. Ich sah Menschen, die zum ersten Mal in ihrem Leben verstanden, was es bedeutet, ein Recht auf Würde zu haben. Außerdem habe ich die wahre Bedeutung des Wortes "Teilhabe" verstanden. "Teilhabe" bedeutet eine Zugehörigkeit - zu uns selbst und zu unseren Prinzipien. Teilzuhaben bedeutet, sich selbst und anderen gegenüberzutreten, die guten und die schlechten Erfahrungen auszutauschen, in einer Gemeinschaft zu arbeiten und Entscheidungsträger einzubeziehen und nicht nur Armut anzugehen, sondern auch Reichtum und Ungleichheiten."

Oksana Bybliv, Teilnehmerin der italienischen Delegation"

- Die Beteiligung von immer mehr Menschen an der Vorbereitungsphase und dem Follow-up der europäischen Treffen trug dazu bei, die Aufmerksamkeit der nationalen, regionalen und lokalen politischen Entscheidungsträger zu erregen sowie bei bestimmten Gelegenheiten auch die der Medien.

- ◆ Die Produktion einer Reihe von Medieninstrumenten: Fernsehsendungen, eine DVD, Road Movies, drei Ausstellungen, ein Katalog, Cartoons.

- ◆ Komplexe Prozesse, die durch die Produktion von Postern und symbolischen Objekten veranschaulicht werden.

Micheline Géronald
Koordinatorin der europäischen Treffen,
EAPNk

Teilhabe: Bewährte Verfahren ...

Der soziale Beirat in Frankreich

Das französische Gesetz vom 2. Januar 2002 reformierte das Gesetz zu sozialen Einrichtungen und Einrichtungen der sozialen Gesundheitsfürsorge von 1975 und bewirkte den Wechsel von einer Gesetzgebung, die sich auf Einrichtungen konzentrierte, hin zu einer Gesetzgebung, bei der stärkere Rechte für die Nutzer der Einrichtungen im Mittelpunkt stehen.

Am zwanzigsten Jahrestag des Gesetzes von 1975 verurteilten gemeinnützige Stellen und die Aufsichtsbehörde für soziale Angelegenheiten, dass es Nutzern an Rechten mangelt. Gefordert wurden die Einsetzung eines Beirats in jeder Einrichtung sowie weitere Mittel, um die Rechte der Nutzer zu fördern, und zwar unter Berücksichtigung der Bandbreite der Zielgruppen-Leistungen.

Dieser soziale Beirat (Conseil de la vie sociale, CVS), dessen Funktionsweise durch einen Erlass aus dem Jahr 2004 geregelt wird, muss in jeder sozialen Einrichtung bzw. in jeder Einrichtung der sozialen Gesundheitsfürsorge eingesetzt werden. Hauptidee ist, einen Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren einer gemeinnützigen Stelle, einschließlich der Nutzer, einzurichten. Der CVS teilt seine Meinung über das Projekt der Einrichtung mit, über die Arbeitsregelungen, die Durchführung der Aktivitäten der Einrichtung, die Organisation des Alltags, Arbeitsprojekte usw. ...

Das Get Heard!-Projekt im Vereinigten Königreich

Menschen, die von Armut betroffen sind, haben nur sehr wenige echte Möglichkeiten, sozialpolitische Maßnahmen zu beeinflussen, die ihr Leben betreffen. Wenn sich jedoch Chancen auf Teilhabe ergeben, müssen die NRO diese auch wirklich nutzen.

Das Get Heard!-Projekt ["Sich Gehör verschaffen"] im Vereinigten Königreich entstand, da eine Reihe NRO (einschließlich der EAPN-Netzwerke im Vereinigten Königreich) die Gelegenheit nutzten, die der Prozess rund um den nationalen Aktionsplan (NAP) zur sozialen Eingliederung bot, um Menschen, die von Armut betroffen sind, dabei zu unterstützen, wichtige politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu beeinflussen.

Der Erfolg des Projektes beruhte auf seiner Einfachheit. Es wurde ein Toolkit entwickelt, mit dessen Hilfe lokale Basis-Gruppen Workshops organisieren sollten, die wiederum in die Entwicklung des NAP/Soziale Eingliederung des Vereinigten Königreichs einfließen sollten. Das Toolkit stellte drei einfache Fragen: Was funktioniert hinsichtlich des Lebens der Menschen und der Gemeinschaften, was funktioniert nicht und was muss geändert werden? Über einen Zeitraum von 18 Monaten

Ein CVS besteht mehrheitlich aus gewählten Vertretern der Nutzer, Vertretern der Mitarbeiter und der Leitung, einer außenstehenden Person und dem Geschäftsführer der Einrichtung.

Die große Frage bei der Umsetzung der CVS ist die damit verbundene neue Machtverteilung innerhalb der Institution (Nutzer/Sozialarbeiter, Nutzer/Verwaltungsrat, Nutzer/Leitung usw.), was zu breitem Widerstand auf allen Ebenen der gemeinnützigen Stelle führt. Der CVS verlangt von Fachleuten, dass sie ihre Einstellung ändern, fördert das Erlernen der Zusammenarbeit und die Bürgerrechte, indem Nutzer Empowerment und eine Stimme verliehen bekommen.

Olivier Marguery
Stellvertretender Geschäftsführer der
Heilsarmee (Frankreich)

nahmen mehr als 140 Gruppen im gesamten Vereinigten Königreich an den Workshops teil.

Wenn man sich den NAP/Soziale Eingliederung des Vereinigten Königreichs durchliest, wird klar, dass nicht alle Fragen, die die von Armut betroffenen Menschen aufwarfen, angegangen wurden. Es wäre auch unrealistisch gewesen, das Gegenteil zu erwarten. Das Get Heard!-Projekt hat jedoch aufgezeigt, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, ein Recht auf Teilhabe haben und dass ihr Beitrag die Politik zur Bekämpfung der Armut bedeutend verbessern kann. Außerdem hat es gezeigt, dass die Barrieren und Hindernisse bei der Teilhabe überwunden werden können, wenn Mittel zur Verfügung gestellt werden und wenn Organisationen sich dafür einsetzen, dass den Stimmen der Menschen Gehör verschafft wird.

Peter Kelly
EAPN Vereinigtes Königreich

In ihren eigenen Worten ...

Jean-Claude Paris, Nutzer im sozialen Beirat, stellt Folgendes fest:

"Diese Erfahrung stellt für mich die Möglichkeit dar, genau sagen zu können, wie man sich als Nutzer einer Einrichtung fühlt. Der CVS ist mehr als nur zehn gewählte Mitglieder: Er ist auch ein Team, das aus Bürgerinnen und Bürgern, Sozialarbeitern und Mitarbeitern besteht. Es handelt sich also um eine Einrichtung, die einem beibringt, die Schwierigkeiten der Menschen und ihre Unterschiede zu respektieren.

Durch diese Erfahrung habe ich mein Selbstvertrauen wiedererlangt; außerdem konnte ich unter Beweis stellen, dass ich meine Gedanken ausdrücken und entwickeln und meine Ansichten vermitteln kann. Mit Unterstützung der anderen lernte ich, auf eigenen Füßen zu stehen.

Dies half mir, mich den anderen gegenüber zu öffnen, ihnen zu vertrauen und auf diese Weise ein vollständiges Mitglied einer Gemeinschaft zu werden. Wir lernten, zusammenzuarbeiten, um eine allgemeine Stimme zu erlangen und so Wege zu erarbeiten, die die Bürgerrechte aufwerten."

Wenn bestimmte Realitäten nicht angegangen werden, kann Teilhabe zu einem Instrument werden, das allen Akteuren Frustrationen und Enttäuschungen bereitet.

Teilhabe: Wie sich Frustration vermeiden lässt ...

Seit einigen Jahren preisen manche nationalen Regierungen und die Europäische Kommission nun schon die Bedeutung der Teilhabe von Menschen, die von Armut betroffen sind. Ein klares Beispiel hierfür ist die Begeisterung für die europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen. Diese Entwicklung bei der Teilhabe hat in verschiedenen Ländern verschiedene Stufen erreicht, wobei einige Länder wichtige Methoden entwickelt haben, um der Teilhabe Gestalt zu verleihen.

Im Rahmen dieses kollektiven Teilhabeprozesses wird anerkannt, dass Armut kein individuelles Problem ist, sondern ein gesellschaftliches mit den verschiedensten Ursachen. Menschen, die von Armut betroffen sind und sich an einem Teilhabeprozess beteiligen, können sich also ihrer Schuldgefühle bezüglich ihrer Situation entledigen, und Teilhabe kann demnach auch zu ihrer Emanzipation und ihrem Empowerment beitragen.

Diese organisierte Teilhabe von Menschen, die von Armut betroffen sind, führt zu einer Interaktion mit politischen Entscheidungsträgern und anderen Akteuren. Dies sollte eine Verbesserung der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung bedeuten, die dann wiederum die Situation der Menschen, die mit Armut konfrontiert sind, verbessern. Um dies zu erreichen, müssen Menschen, die von Armut betroffen sind, Informationen über die Komplexität ihrer Lebensbedingungen liefern.

Was lernen wir aus den Bemühungen, die Teilhabe der von Armut betroffenen Menschen zu verbessern? Es ist keine Überraschung, zu erfahren, dass Probleme auftreten. Nach einer anfänglichen Phase der Begeisterung (auf allen Seiten) stellt sich eine gewisse Frustration ein. Der Dialog stößt auf die Komplexität des Phänomens der Armut und deren Linderung sowie auf den Willen der von Armut betroffenen Menschen, als vollwertige Partner an allen Phasen des politischen Prozesses beteiligt zu werden.

Teilhabe: Echt oder nur symbolisch?

Teilhabe ist ein heiliges Wort. Die meisten von uns, die im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aktiv sind, glauben (oder geben zumindest ein entsprechendes Lippenbekenntnis ab), dass Menschen, die direkt von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, an Entscheidungen teilhaben sollten, die ihr Leben betreffen. In der Theorie scheint das wunderbar, doch wie sieht die Praxis aus? Ist die Teilhabe echt oder nur symbolisch?

Das Projekt "Get Up Stand Up", das Dignity International in Kenia in den ärmsten Vierteln von Nairobi durchführt, lehrt uns einige Lektionen. Eine wirkliche Teilhabe muss aktiv, fundiert und tiefgehend sein. Wenn die Alphabetenrate niedrig ist, müssen populäre Methoden eingesetzt werden, um die Inhalte weiterzugeben. Wenn Menschen in größeren Gruppen nicht das Wort ergreifen wollen, müssen eben kleinere Gruppen eingerichtet oder Einzelgespräche geführt werden. Wenn Treffen in großen Sälen nicht funktionieren, muss der Marktplatz ausprobiert werden. Die Menschen müssen sich wohl fühlen, und ihre Ansichten sind zu respektieren.

Wenn aktive Teilhabe in der Praxis stattfindet, sind die Ergebnisse erstaunlich. Eine Fülle von Wissen, Ideen, Lösungen, Engagement und Energie strömt nur so hervor. Der Effekt der Verfielfachung hat eine ungeheure Wirkung. Die Menschen erscheinen zu Tausenden auf den Versammlungen, leiten diese auf ihre Weise und in ihrem Tempo und legen eigene Agenden und Prioritäten fest. Jene Menschen, die am meisten für ihr tägliches Überleben kämpfen mussten, nehmen die Dinge in die Hand. Die Erfahrungen aus Nairobi lassen für die Zukunft hoffen. Die an der Basis gemachten Erfahrungen lehren uns, für eine Teilhabe zu kämpfen, die sich auf die Führung erstreckt und zu Empowerment führt, die sich in Taten äußert und dauerhafte Änderungen bewirken kann.

Die Komplexität der Maßnahmen gegen Armut zeigt sich darin, dass eine übergreifende Zusammenarbeit verschiedener Politik-bereiche und auf verschiedenen politischen Ebenen nötig ist (auf europäischer, föderaler, regionaler, provinzieller und lokaler Ebene). Menschen, die von Armut betroffen sind, können also von A nach B geschickt werden, ohne dass sich feststellen lässt, wer genau die Macht hat, die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Der Wille der "Armen", an allen Phasen des politischen Prozesses beteiligt zu sein, stößt auf das Problem der technischen Komplexität von Akten. Permanentes Feedback an die Zielgruppe oder die Teilnehmenden würde darüber hinaus soviel Zeit beanspruchen, dass der bürokratische Prozess der Politikerarbeitung inakzeptabel in die Länge gezogen würde.

Wenn diese Realitäten nicht angegangen werden, kann Teilhabe zu einem Instrument werden, das allen Akteuren Frustrationen und Enttäuschungen bereitet. Als Reaktion auf dieses Problem empfiehlt es sich, die Teilhabemethoden zu vertiefen. Die qualitative Verbesserung der politischen Maßnahmen muss als wichtiger angesehen werden als das unmittelbare, aber vorübergehende gute Gefühl, das Menschen, die von Armut betroffen sind, empfinden, wenn ihnen Aufmerksamkeit zuteil wird oder sie einen Stuhl am Tisch der Politik bekommen. Akteure der Regierungen und der

Institutionen sowie ihre Verwaltungen müssen sich also auf eine Weise organisieren, dass Informationen über Lebenserfahrungen, die dank des Teilhabeprozesses zusammengetragen wurden, ein Hauptbeitrag für politische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung werden.

Der Schlüsselpunkt ist hierbei zu vermeiden, dass dieses komplexe und kohärente Informationspaket insbesondere für Regierungen und offizielle Vertreter in handlichere Informationsteile zerlegt wird. Wünschenswert wäre daher eine Koordinationsstelle innerhalb der Verwaltungen, die den Teilhabeprozess unterstützt, die erhaltenen Informationen sammelt und auswertet und sie an die richtigen politischen Prozesse weiterleitet. Der Prozess muss auch die aktive Mitwirkung der gewählten Politikerinnen und Politiker sicherstellen, die sich wiederum für diesen Teilhabeansatz engagieren müssen, damit er erfolgreich sein kann.

Es ist ganz klar ersichtlich, dass auf die verschiedenen Akteure noch viel Arbeit wartet. Es gilt also, die Ärmel hochzukrempeln und sich an die Arbeit zu machen.

Dr. Danielle Dierckx
Sozial- und Politikwissenschaftlerin,
Universität von Antwerpen, Belgien



Partizipatorische Demokratie: Eine Voraussetzung für politische Maßnahmen

Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen - manchmal auch partizipatorische Demokratie oder zivile Teilhabe genannt - ist zwar schlecht definiert, wird aber häufig verlangt, sei es, um die Stimme der Bürgerinnen und Bürger zu instrumentalisieren oder um politische Maßnahmen zu verbessern. Es ist zwar offensichtlich, dass die zivile Teilhabe nicht alle Probleme der repräsentativen Demokratie regeln kann, doch ist es nach wie vor angebracht, eine echte Politik der Teilhabe zu entwickeln: Ein zusammenhängendes System von Instrumenten, die die Bürgerinnen und Bürger offiziell in den Kreis der politischen Entscheidungen integrieren.

Nötige Instrumente und einzuhaltende Stufen

Die Menschen wieder in den Kreis der Entscheidungen einzubringen bedeutet, sie an allen Stufen einer Projekt- oder Politikumsetzung teilhaben zu lassen. Es handelt sich darum, über die einfache Information und Konsultation hinauszugehen und zwischen den Teilnehmenden eine partnerschaftliche Beziehung herzustellen.

Zu diesem Zwecke gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten, die den Weg für die gemeinsame Gestaltung der Politik und der politischen Maßnahmen ebnen. Sie müssen die Entscheidungsrolle der Politikerinnen und Politiker stärken und gleichzeitig deren Ermessensfreiheit auf die aller Teilnehmenden reduzieren: Die größere Verteilung der Macht ist ein zentraler Grundsatz der Demokratie.

Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, die Politik auf allen geografischen Ebenen mitzugestalten. Konkret bedeutet dies, in aufeinanderfolgenden Schritten vorzugehen. Je nach Kontext ist es am besten, mit den strittigsten Fragen zu beginnen. Wenn nötig, sind die Probleme einzuordnen und im

Rahmen von Treffen der Bürgerinnen und Bürger nacheinander anzugehen. Der Vorteil ist hierbei, dass die Teilnehmenden nicht über das Treffen hinaus mobilisiert werden und dass ein praktisches Ergebnis erzielt wird, das schnell umgesetzt und effektiv kontrolliert werden kann und für die Öffentlichkeit gut sichtbar ist.

Zu überwindende Schwierigkeiten

Partizipatorische Demokratie muss jedoch ständig zahlreiche Herausforderungen angehen. Einer der wichtigsten Grundsätze lautet, dass in jedem von uns ein Bürger bzw. eine Bürgerin schlummert und geweckt werden muss. Außerdem ist ein Hindernis zu überwinden, das sich allen Gruppen stellt: Das Problem in korrekten Begriffen zu definieren und ohne Voreingenommenheit einen Plan zu gestalten.

Doch es gibt auch noch weitere Schwierigkeiten: Teilnahme kann als monatliche, über ein Jahr verteilte Treffen eingeplant werden. Dies kann zu mehreren unerwünschten Effekten führen, wie etwa zu einer Ermüdung der Teilnehmenden, zur "Professionalisierung" einiger Teilnehmender, zur fehlenden Empfänglichkeit für Agenden, die außerhalb der Bereiche des partizipatorischen Plans entstehen, usw. Die Regeln, nach denen diese Art des Prozesses funktioniert, müssen daher permanent angeglichen werden.

Partizipatorische Demokratie steht jedoch auch der Herausforderung der Legitimität gegenüber. Hierbei muss man sich überzeugen, dass nicht so sehr die Legitimität der Teilnehmenden zur Debatte steht, sondern die des erzielten Ergebnisses. Zu diesem Zeitpunkt stellt dies eine wichtige Schnittstelle zwischen der partizipatorischen und der repräsentativen Demokratie dar: Die repräsentative Demokratie legitimiert bzw.

Die europäische Strategie gegen Armut muss auf Teilhabe basieren

Die Teilhabe der Menschen, die von Armut betroffen sind, ist ein Fundament der europäischen Strategie zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung.

Das dritte Ziel der Strategie verbindet Teilhabe mit dem Mainstreaming der politischen Maßnahmen, um einen entscheidenden Beitrag zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu leisten. Die Teilhabe der von Armut betroffenen Menschen an der Entwicklung der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich. Die europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zeigen, wie stark der Wille zur Teilhabe ist.

Mit der Präsentation eines Megaphons auf dem sechsten Treffen wollte der Ausschuss für Sozialschutz (SPC) ausdrücken, dass die Stimme dieser Menschen zählt, dass sie gehört werden muss und dass wir sie verstärken wollen. Die Treffen haben uns auch gelehrt, dass das Stereotyp der Armut ein Hindernis für Teilhabe sein kann. Der SPC möchte sich mit den strukturellen Ursachen der Armut befassen und die Probleme und Belange der Betroffenen voll und ganz berücksichtigen.

Eine wesentliche Schlussfolgerung des gemeinsamen Berichtes der EU 2007 über Sozialschutz und die soziale Eingliederung lautet, dass die Teilhabe zunimmt. Es wird jedoch ebenfalls darauf hingewiesen, dass mehr getan werden muss, um die Qualität der Teilhabe zu verbessern. Ziele und Schlussfolgerungen passen zusammen ... um effektiv zu sein, muss die Teilhabe systematisiert werden. Sie sollte nicht auf die Gestaltung politischer Maßnahmen beschränkt

werden, sondern sich auch auf deren Umsetzung und Bewertung erstrecken. Der Weg ist noch lang, doch die Ergebnisse sind ermutigend, und entscheidende Schritte wurden bereits genommen. Jetzt heißt es, den Kurs beizubehalten.

Elise WILLAME

Vorsitzende des Ausschusses für Sozial-
schutz



Im Blickpunkt: EAPN Ungarn (HAPN)

Das HAPN wurde im April 2004 gegründet und trat dem EAPN einige Monate später auf der Mitgliederversammlung 2004 bei. Das Netzwerk besteht aus 79 Organisationen und 24 Einzelmitgliedern.

Wenn ich ein Kernprinzip des ungarischen Netzwerks herausgreifen müsste, dann wäre das die Teilhabe: Die Teilhabe des Netzwerks an größeren Vereinigungen und Lobbyarbeit, die Teilhabe von NRO, die in der Bekämpfung der Armut tätig sind, an unseren Aktivitäten und schließlich auch die Teilhabe der Menschen, die von Armut betroffen sind, an der Gesellschaft und an dem Instrument, das das Netzwerk darstellt.

Das Netzwerk wurde vor einem Jahr neuorganisiert, um die direkte Teilhabe der Menschen, die von Armut betroffen sind, sicherzustellen. Der Koordinierungsausschuss (der Verwaltungsrat des Netzwerks) be-

delegitimiert die "Entscheidungen", die mit partizipatorischen Mitteln getroffen wurden.

Schlussfolgerung

Wenn Formen der partizipatorischen Demokratie umgesetzt werden sollen, muss auf allen Ebenen der Macht und für alle gewählten Politikerinnen und Politiker die Verpflichtung bestehen, zumindest konsultative Foren abzuhalten, sollten strittige Fragen zu welchem Thema auch immer aufkommen. Diese Verpflichtung muss mindestens an ein Druck- und Kontrollsystem der politischen Maßnahme gekoppelt sein, die von den Politikerinnen und Politikern durchgeführt

wird, nachdem sie die Ergebnisse der Konsultation erhalten haben. Es versteht sich von allein, dass die Institutionen selbst schnell zum Gegenstand wenigstens einer Konsultation mit zahlreichen Akteuren werden sollten.

Marion Gret

**Politikwissenschaftlerin und
Forschungsbeauftragte CERI/Science Po -
Universität Paris**

Nachrichten aus UNGARN

DER KLANG DER STILLE:

Interview mit Gyimesiné Borbála Franyó, einer ungarischen Teilnehmerin des fünften und des sechsten europäischen Treffens von Menschen mit Armutserfahrungen."

F: Sagen Sie uns doch bitte kurz, wie es Ihnen gesundheitlich geht ...

A: Ich bin aufgrund einer medizinischen Fehlbehandlung stark hörgeschädigt. Als kleines Kind wurde ich im Krankenhaus wegen Verdauungsproblemen behandelt, bekam aber auch Medikamente gegen eine Innenohrentzündung verabreicht. Andere Kinder wurden damals genauso behandelt, denn die Nebenwirkungen für die Hörnerven waren nicht bekannt. Erst als ich zehn Jahre alt war, stellten meine Eltern fest, dass ich sie nicht hören konnte, wenn sie mich von hinten ansprachen. Das Medikament, das ich bekommen hatte, wurde dann in den 1980er-Jahren verboten. Da ich aber eine Quasselstrippe bin, stören mich längere Schweigephasen bei anderen nicht.

F: Ihr "Auftritt" war einer der Höhepunkte auf dem diesjährigen Treffen in Brüssel ...

A: Es war das zweite Treffen, an dem ich teilnahm. Mein Lampenfieber vom Vorjahr war verschwunden, und daher konnte ich mich viel entspannter an die Teilnehmenden wenden. Ich benutzte die Gebärdensprache, was allerdings überhaupt nicht geplant war. Die Idee war absolut spontan und kam mir in der letzten Minute.

F: Was dachten Sie, als Sie die Aufmerksamkeit des Publikums gewonnen hatten?

A: Ich war sehr skeptisch;), aber auch sehr stolz auf mich, und es war toll, dass man mir zuhörte. Aber da ich nun mal improvisierte, schaltete ich gleich zu Beginn das Mikro ab. Es

war ja auch überflüssig, da ich die Gebärdensprache verwendete. Ich machte folgenden Satz vor: "In Ungarn gibt es zwei Gesetze für den Zugang". Dann hielt ich inne, um die Wirkung zu begutachten:) und fragte anschließend immer noch in Gebärdensprache "Verstehen Sie denn nicht, was ich sage?!". Der Moderator sagte nun, dass die Dolmetscher aufgehört hatten, zu übersetzen und zeigte auf seinen Kopfhörer. Ich antwortete ihm ganz gelassen in Gebärdensprache "Ich bin schwerhörig" und zuckte mit den Schultern. Ich glaube, er war ein wenig frustriert. Im Saal hätte man eine Stecknadel fallen hören können. Niemand wusste, was in einer solchen Situation zu tun war. Also schaltete ich das Mikro wieder ein, "übersetzte", was ich zuvor gesagt hatte und setzte meinen Vortrag mündlich fort. Ich beschrieb die Situation in Ungarn, die Probleme von Menschen mit Behinderungen und den fehlenden Zugang. Zum Schluss bekam ich einen Riesenapplaus. Und wissen Sie, es gibt ein spezielles Zeichen, das Menschen mit einer Hörbehinderung anstatt klatschen verwenden: Sie winken mit den Händen. Ich machte das vor, und einige Leute machten es mir nach. Das war wirklich toll! Hinterher kamen verschiedene Leute zu mir, um mir zu gratulieren. Wir sprachen zwar nicht die gleiche Sprache, doch half uns die Körpersprache, um miteinander zu kommunizieren.

Die ungarischen Dolmetscher sagten, meine Wirkung auf andere sei so groß, dass ich doch jedes Jahr nach Brüssel kommen sollte, um Menschen mit Behinderungen eine Stimme zu geben. Das bereitete mir ein echtes Hochgefühl.

F: Ihr aktiver Auftritt ist umso beeindruckender angesichts Ihrer Verzweiflung in einer ähnlichen Situation im Jahr zuvor. Das ist eine echte "persönliche Entwicklung". Glückwunsch!

A: Ich hoffe, durch diese Geschichte verstehen die Leserinnen und Leser dieses Newsletters, warum es mir so wichtig war, meine Botschaft auf dem Treffen in Brüssel zu übermitteln - die Europäische Union soll die Gebärdensprache endlich als eine Art "Minderheitensprache" anerkennen!



Interview: Géza Gosztonyi

steht nun aus zehn "Fachleuten" und zehn Menschen, die von Armut betroffen sind. Letztere beteiligen sich schon lange an den Aktivitäten des Netzwerks: Sie nahmen an den europäischen und ungarischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen teil, besuchten oder organisierten Schulungsangebote usw. Wir haben festgestellt, dass eine echte Teilhabe und eine wirksame Zusammenarbeit nur dann möglich sind, wenn sowohl die von Armut betroffenen Menschen als auch die "Fachleute" darauf vorbereitet sind.

Ich weiß, dass einige nationale Netzwerke des EAPN weitreichendere Erfahrungen auf diesem Gebiet haben. Ich glaube, der große Nutzen von Networking liegt darin, dass der Austausch zu verschiedenen Themen möglich wird. Bleibt zu hoffen, dass uns die Mitgliederversammlung, die im November 2007 in Budapest stattfindet, eine weitere Möglichkeit bietet, mehr über die Erfahrungen und die Teilhabe-Verfahren des jeweils anderen herauszufinden.

Bis dann also!

Izabella Marton
EAPN Ungarn

Das nationale ungarische Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut

Das Programm wurde 2006 vorbereitet und diente der nationalen Strategie 2007-2032 "Die Situation der Kinder verbessern" als Grundlage, die am 31. Mai 2007 als parlamentarische Resolution verabschiedet wurde.

Warum ist das Programm nötig?

Bei einer Bevölkerung von 10 Millionen Einwohnern zählte Ungarn im Jahr 2005 2,2 Millionen abhängige Kinder unter 20 Jahren. Familien mit Kindern sind tendenziell ärmer als

Familien ohne Kinder. Die Armutsrate bei Familien mit drei oder mehr Kindern betrug 36 % und war somit fast 3,5 mal so hoch wie die Durchschnittsrate. Am stärksten von Armut betroffen waren Kinder von schlecht ausgebildeten, arbeitslosen Eltern, die auf dem Land leben, Kinder der Roma und Kinder mit schweren Behinderungen.

Im Herbst 2005 initiierte der Premierminister die Erstellung eines Programms zur Bekämpfung der Kinderarmut. Der hier zusammengefasste Vorschlag stammte von einer Gruppe,



Die Armutsrate von Familien mit drei oder mehr Kindern betrug 36 % und war somit fast 3,5 mal so hoch wie die Durchschnittsrate.

die innerhalb der ungarischen Akademie der Wissenschaften gebildet und von mir geleitet wurde.

Das Programm

Das Programm hat zahlreiche miteinander verbundene Elemente mit langfristigen Teilen (eine Generation) und kurzfristigen Teilen (drei Jahre).

Die Ziele sind in drei Hauptgruppen unterteilt. Ein allgemeines Ziel ist die Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung bei Kindern und ihren Familien, mit den separaten, aber zusätzlichen Zielen, das Ausmaß und die Tiefe der Armut zu bekämpfen. Die Ziele können zweckmäßig ausgelegt und in das bestehende System der allgemeinen Regierungsverantwortung eingebunden werden. Die Ziele lauten: Die beruflichen Aussichten der Eltern verbessern; den Kindern bessere und gleiche Bedingungen für die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Begabungen bieten; Bekämpfung der Segregation; besseres Angebot an individuellen Sozialdiensten und Hilfsdiensten für Kinder und deren Familien; Kindern eine gute Gesundheit sicherstellen; Verbesserung der Lebensbedingungen und Sicherstellung eines Zuhauses. Zu den horizontalen Zielen, die sich quer durch alle Tätigkeitsbereiche ziehen, gehören: Bekämpfung der ethnischen und regionalen Ungleichheiten und der Segregation; Verbesserung der Situation der Kinder mit Behinderungen; bessere Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Berufsgruppen auf verschiedenen Ebenen; Mobilisierung der Zivilgesellschaft und eine verbesserte Information. Das Programm legt auch eine horizontale Priorität fest: Verbesserung der Infrastruktur und der Nutzungsbedingungen der wichtigen öffentlichen Systeme - Schulen, Gesundheitswesen, Dienstleistungen -, die auch Kindern zugute kommen. Aufbauend auf dem Erfolg der universalen Systeme, aber unter Berücksichtigung

der großen Probleme, die eine Bedürftigkeitsprüfung bereitet und natürlich auch der beschränkten Mittel, schlägt das Programm zwei neue Verteilungsmethoden vor. Ein stufenweises universales System, das die schrittweise Einführung einer Leistung oder eines Dienstes vorsieht, die schließlich universal werden. Ein differenziertes universales System, bei dem jeder eine universale Grundabsicherung erhält, ergänzt durch zusätzliche Leistungen, Aufmerksamkeit und Mittel für einen harten Kern verletzlicher Gruppen.

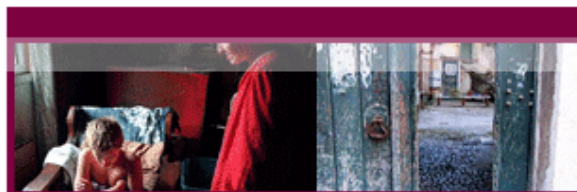
Das Dreijahresprogramm hat drei Hauptelemente:

- (1) Erhöhung der Familienleistungen für Familien mit drei oder mehr Kindern und für Alleinerziehende;
- (2) Einrichtung von Entwicklungsprogrammen für Kleinkinder;
- (3) Verbesserung der Situation der am stärksten benachteiligten Familien.

Langfristig gibt es zwei Hauptschwerpunkte:

- (I) Bekämpfung der schulischen Segregation durch Änderung der Einstellung aller beteiligten Akteure und durch Verbesserung der Bedingungen an schlechten Schulen;
- (II) Die Verbesserung der kommunalen und individuellen Dienstleistungen muss zur obersten Priorität werden, mit dem Ziel, dass eine stärker auf Kinder konzentrierte und tolerantere gesellschaftliche Perspektive akzeptiert wird.

Prof. Zsuzsa Ferge
Ungarische Akademie der Wissenschaften



The reference portal
on poverty and social exclusion
in Europe

Nachrichten aus dem Netz möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an team@eapn.skynet.be

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortliche für die Veröffentlichung: Audrey Gueudet

Surf mal wieder bei www.eapn.org

EAPN, Square de Meeûs - B-1050 Brussels
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:
team@eapn.skynet.be - Website: www.eapn.org

Diese Veröffentlichung kommt mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend zustande.